

## DEN NEU VERHANDELTEN SPITALSGEHÄLTERN KÖNNEN ÄRTZEVERTRETER\*INNEN NUR MIT EINEM PROTEST BEGEGNEN

**„Weißer Rauch“, wurde von einer Tageszeitung im Zusammenhang mit dem Gehaltsabschluss für Landesbedienstete verkündet. Was damit als zukunftsweisendes Ergebnis hochgelobt wurde, war für die angestellten Ärzt\*innen an den Landesspitälern eher heiße Luft. Sie protestieren gegen dadurch entstehende neuerliche Benachteiligungen.**

Bundesweit wurden vergleichbare Gehälter mit 1. Jänner 2023 um 7,15 % erhöht. Landesbedienstete in Kärnten erhalten diese Steigerung jedoch erst mit 1. Juli 2023. Den Ausgleich für diese sechs verlorenen Monate stellt eine Einmalzahlung dar. Wenig Freude hat die Ärztekammer, als Interessenvertretung der angestellten Ärzt\*innen an den Landesspitälern, mit diesem dürftigen Verhandlungsergebnis: *„Bei der aktuell hohen Inflation von 8,6 % kann eine Erhöhung von 7,15 % doch nicht als Erfolg gewertet werden, zumal diese Erhöhung erst mit Mitte des Jahres in Kraft tritt,“* zeigt sich Ärztekammer-Präsident Markus Opriessnig empört und ergänzt: *„Die Teuerung trifft ja auch alle Ärztinnen und Ärzte an den Landesspitälern. Noch dazu schon jetzt zu Jahresbeginn und nicht erst im Juli.“*

In der Kritik der Ärztekammer stehen neben dem bescheidenen Verhandlungsergebnis auch die selbsternannten Verhandlungsführer. Denn, an der Interessenvertretung der Ärztinnen und Ärzte vorbei, wurde von der Kärntner Koalitionsregierung lediglich GÖD-Chef Stefan Sandrisser zu den Gesprächen eingeladen. So konnte ohne großen Gegenwind das magere Ergebnis einer Übernahme der Bundesregelung mit einem Mehr von 7,15 % - geltend jedoch erst ab 1. Juli 2023 (!) – zum Erfolg hochstilisiert werden.

Den Ausgleich für diese sechs verlorenen Monate stellt eine Einmalzahlung von € 1.300,- dar, die überraschender Weise noch im Februar, unmittelbar vor der Landtagswahl, zur Auszahlung kommt. Was auf den ersten Blick ganz nett aussieht, stellt sich beim genauen Nachrechnen jedoch vollkommen anders dar: Die Ärztinnen und Ärzte verlieren durch diese Regelung bis zu 6.500,- Euro brutto in diesem halben Jahr. Damit ist Kärnten trauriges Schlusslicht. Denn in jedem anderen Bundesland wurden die Verhandlungen weit erfolgreicher abgeschlossen. Eine fragwürdige Tradition, da schon im Jahr 2022 die Ärztinnen und Ärzte deutliche Gehaltseinbußen hinnehmen mussten: Bei einer Jahresinflation von 8,6 % erhielten sie ab 1. Juli 2022 eine Gehaltssteigerung von lediglich 3 % und liegen damit unter allen anderen Berufsgruppen.

*„Blendet man die Schönfärberei der Politik aus, so zeigt dieser überschaubare ‚Teuerungsausgleich‘ leider einmal mehr, welche geringe Wertschätzung den angestellten Ärztinnen und Ärzten an den Landesspitälern entgegengebracht wird. Unsere Gespräche mit Betroffenen, die nicht zuletzt viele Primärärzte der KABEG bestätigen, haben gezeigt, dass nur durch die Gehaltserhöhung von 2015 ausreichend Ärztinnen und Ärzte gefunden werden. Darum sollte sich die Politik etwas mehr anstrengen, wenn ihnen ein langfristig funktionierendes Gesundheitssystem auch wirklich etwas wert ist. Denn mit Headlines und Floskeln in Vorwahlzeiten werden keine neuen Ärzt\*innen nach Kärnten kommen, um leere Stellen in der KABEG zu besetzen!“* gibt sich Dr. Petra Preiss, Sprecherin der angestellten Ärzt\*innen und selbst Herz- und Gefäßchirurgin am Klinikum Klagenfurt kämpferisch und weist auf eine weitere Schwachstelle hin: *„Was uns besonders ärgert ist, dass dieses Verhandlungsergebnis obendrein jene finanziell bestraft, die Überstunden zum Wohle der Patient\*innen leisten wollen oder müssen.“*

Seite 2

Nicht nur dieser Anlassfall, sondern auch die bereits vielfach kritisierte Diskriminierung von heimischen Ärztinnen und Ärzten bei der Anrechnung von Vordienstzeiten und das im Vergleich zur Steiermark extrem träge System der Vorrückung zum Oberarzt werfen die Frage auf, welche Maßnahmen es nun bedarf, damit die Landesregierung dem Protest der Ärzteschaft - wie längst fällig - Gehör schenkt? In einer internen Versammlung der Abteilungssprecher\*innen der KABEG-Häuser am Donnerstag, dem 2. Februar in der Ärztekammer in Klagenfurt, werden sicherlich sehr schnell passende Antworten gefunden werden.

Für die Ärztekammer für Kärnten:

Die Obfrau  
der Kurie der angestellten Ärzte:

Dr. Petra Preiss e.h.

Der Präsident:

Dr. Markus Opriessnig e.h.

Klagenfurt/WS, am 24. Jänner 2023